

Rote Stadt – braunes Haus: Die Nazis in Basel

Kein Kanton war sozialdemokratischer als Basel – und nirgendwo gab es eine grössere NSDAP-Parteigruppe

Von Nadine A. Brügger

Basel. Wir schreiben das Jahr 1938 – in Europa stehen die Zeichen auf Krieg. Während der Bund seine Politik der «kontrollierten Duldung» praktiziert, wagt das rote Basel das Unerhörte: Die Sozialdemokraten wollen Hitlers Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) verbieten. Dabei ging es nicht um einige verrirrte nationalsozialistische Seelen diessseits der Grenze: Die Auslandorganisation der NSDAP hatte sich mit einer straff organisierten Ortsgruppe in Basel eingerichtet.

Junge Männer exerzierten in Uniform, man grüsste mit erhobener Rechten und Hakenkreuzfahnen schmückten «unseren wichtigsten Standort in der Schweiz» – das Deutsche Heim in der St.-Alban-Vorstadt. Die Nationalzeitung berichtete über «immer wieder erneut sich zeigende Fälle von Spitzeltum», die «unsere demokratische Freiheit infrage stellen».

Am 9. März 1935 wurde der jüdischen Publizist Berthold Jacob kurzerhand aus Basel entführt und über die deutsche Grenze gebracht. Die *Basler Nachrichten* zitterten um «unsere in einem Krieg sowieso aufs Schlimmste exponierte Grenzstadt». Der Bundesrat dagegen konnte die Basler Aufregung nicht nachvollziehen, sah er in der Ortsgruppe der NSDAP doch nur einen «ganz und gar unpolitischen» Verein zur «Pflege der heimatlichen Gesinnung».

Den Baslern war klar: Sie mussten das Problem selber in die Hand nehmen. 15033 Unterschriften von Basler Bürgern hatten die Sozialdemokraten innert kürzester Zeit für ihre Initiative «betreffend das Verbot nationalsozialistischer und ähnlicher staatsgefährlicher, von Ausländern gebildeter Organisationen» gesammelt.

«Sie Sauhund!»

Das Verbot der NSDAP war greifbar – da trat der Bundesrat, der um seine Aussenpolitik fürchtete, panisch auf das kantonale Parkett. «Peinlich überrascht», als der Bundesrat mit einem juristischen Gutachten an die Medien statt an den Regierungsrat trat, sah sich Präsident Fritz Ebi (SP) veranlasst, Protest einzulegen. Die Debatte war zum öffentlichen Kampf geworden. An einer Sondersitzung des Grossen Rates versuchten die Linken, sich mit einer Interpellation zu wehren, während die Bürgerlichen die Wogen Richtung Bern zu glätten hofften. «Im Auftrag der bürgerlichen Fraktionen stelle ich den Antrag, es sei die Sitzung abzubrechen», rief Nationalrat Victor Emil Scherrer (FDP), kaum war die Grossrats-Tribüne voll.

Fall des Bundesgerichts: «Schweizerische Eidgenossenschaft gegen die Stadt Basel».

«Sauhund», konterte Professor Fritz Lieb (SP). «Wir sind hier nicht auf dem Obersalzberg! Die Interpellation wird nicht zurückgezogen», schrie der Sozialdemokrat Friedrich Schneider. «Wir sind die Mehrheit», riefen seine sozialdemokratischen und kommunistischen Kollegen, worauf die Mitglieder der bürgerlichen Fraktionen geschlossen den Saal verliessen. Der bürgerliche Grossratspräsident übergab das Zepter an Statthalter Arnold, Kommunist. Die bürgerlichen *Basler Nachrichten* sprachen von einem «Rumpfparlament», der Nationalzeitung kam es vor, «als ob mit brennenden Zündhölzern neben einem offenen Pulverfass gespielt werde». Tatsächlich konnten die Bürgerlichen so weit weg laufen, wie sie wollten, die Mehrheit verblieb im Saal – und beschlussfähig: Der Grosse Rat «weist auch seinerseits diesen Versuch, in die verfassungs- und gesetzmässige Verhandlung des Volksbegehrens einzugreifen, entschieden zurück». Bundesbern ist vor den Kopf gestossen.

Es folgt ein Briefwechsel mit den «getreuen, lieben Eidgenossen» aus Basel, die sich allerding stur zeigen. Bald steht auf der Traktandenliste des Bundesgerichts: «Schweizer Eidgenossenschaft gegen den Kanton Basel-

Stadt». Es siegt die Eidgenossenschaft über den Kanton. Die Basler Behörden hatten die NSDAP-Ortsgruppe nicht verbieten können, sie liessen es sich künftig allerdings nicht nehmen, Genehmigungen zu verschlampen, Bewilligungen zu verzögern oder schlicht nicht auszustellen, wann immer bei einer Veranstaltung die Ortsgruppe als Organisator auftrat.

Während in Europa der Zweite Weltkrieg wütete und die Schweiz sich für einen deutschen Angriff in Alarmbereitschaft versetzte, feierten in den Hallen der Basler Mustermesse 2000 Volksgenossen in froher Kameradschaft den Tag der nationalen Arbeit. Auch andere wichtige Feiern wie den Tag der Machtergreifung oder Hitlers Geburtstag zelebrierte die NSDAP-Ortsgruppe Basel. 14 Prozent der Basler Stadtbevölkerung besass einen deutschen Pass.

Ein Heim für Deutsche

Die Hälfte von ihnen gehörte einer nationalsozialistischen Partei an, meist als Teil der gut organisierten Auslandorganisation (AO) der NSDAP. Deren Ziel: Gleichschaltung aller Auslandsdeutschen. Gefragt waren Insider-Informationen zur wirtschaftlichen und politischen Lage und militärischen Aufrüstung des Standortlandes. Die Ortsgruppe war keineswegs der harmlose «Heimatverein», den der Bund in ihr sehen wollte.

Ein und aus gingen die rund 4000 Ortsgruppen-Mitglieder seit dem 7. Dezember 1941 ganz offiziell in der St.-Alban-Vorstadt 12: Wer das Deutsche Heim betrat, blickte als Erstes auf die gemalte linke Wange Adolf Hitlers. «Mein Wille ist euer Glaube», stand zwischen den gespannten Schwingen eines Reichsadlers. Das Heim verfügte über einen Kinosaal, in dem Filme wie «Hitlerjunge Queex», Veit Harlans «Jud Süß» oder Leni Riefenstahls Reichsparteitagstrilogie gespielt werden konnten.

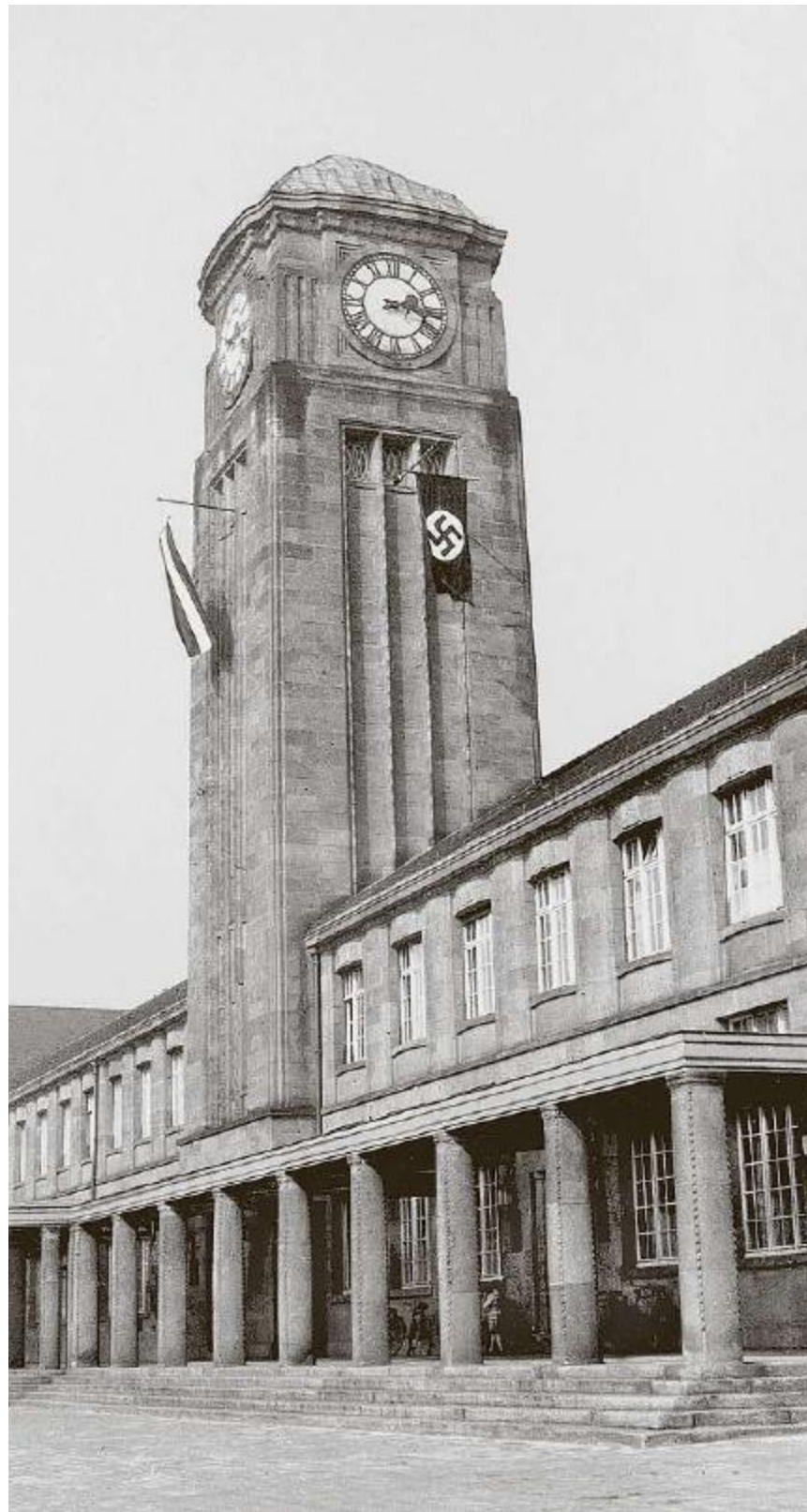
Im gemütlichen Lesesaal standen Propagandaschriften wie «Deutschland erwacht» in den Regalen und auch der Versammlungssaal war mit Bildern und Büsten Hitlers geschmückt. Standen im Heim Feierlichkeiten an, exerzierten die jungen Männer des deutschen Turnvereins in Uniform vor dem Eingang und grüssten stramm mit der rechten Hand. Der Bund verdächtigte den Turnverein zwar, eine Ausland-SA auszubilden, konnte aber nichts dagegen unternehmen. Das wiederum war im Heim bekannt. Die Ortsgruppe machte sich kaum Sorgen um die Tätigkeit der Schweizer Fremdenpolizei, sondern trank mit Wein und Likör auf den Führer, das Fortschreiten der Wehrmacht und das Anschwellen des Reiches.

«Unschweizerisches Unkraut»

In seinem Büro in der St.-Alban-Vorstadt sammelte Ortsgruppenleiter Alfred Geiler Geld und Materialien für die Reichsdeutschenhilfe: Der Vaterlandskrieg wurde aus der Schweiz so gut wie möglich unterstützt. Ein Beispiel dafür ist die Sammlung von Skiern und Wollsocken – für die internationale Kinderhilfe, behaupteten die NSDAP-AO-Mitglieder. Der Bundesrat glaubte ihnen, die Basler schüttelten darob nur den Kopf: Es gehe dabei doch offensichtlich um eine Sammlung für die deutschen Soldaten des Russlandfeldzuges. Eine solche wollte man auf keinen Fall unterstützen, intervenierte eine Delegation beim Bund. Dieser entschied aber, naiv zu bleiben. Die Basler nannten das Deutsche Heim abschätzend das «Braune Haus» und liessen ab und an ein rohes Ei an der braunen Fassade zerklatschen.

Doch es gab in Basel nicht nur Gegner. Antikommunistische, antisemitische und antisozialistische Bewegungen genossen weit über die deutsche Grenze hinweg Sympathien. Im «Frontenfrühling» 1933, als Hitler an die Macht kam, erfuhren die nationalen Erneuerungsbewegungen in der Schweiz Aufwind.

Davon blieb auch das rote Basel nicht verschont: Die Bürger- und Gewerbspartei Basel (BGP) kämpfte für die «schweizerische Eigenart», gegen grassierende «Entschweizerungsprozesse», und fürchtete das «unschweize-



Der Feind vor und hinter der Grenze. Der Badische Bahnhof wurde lange von der Reichs- und NSDAP-Flagge geziert – zum Unbehagen der Basler.

rische Unkraut». Die Partei lancierte darum 1933 eine Initiative gegen den «Zudrang fremdländischer und nicht assimilierfähiger Elemente», um die Vergabe des Basler Bürgerrechts radikal zu beschränken. Diese Parolen bescheren der Partei in den frühen Dreissigern regen Zulauf.

Je klarer die Situation in Deutschland und Europa aber wurde, desto wackliger war der Stand der BGP, die sich ab 1934 Nationale Volkspartei (NVP) nannte und damit endgültig untragbar machte. Der Chefredaktor der *Basler Nachrichten*, Albert Oeri – Nationalrat der LDP – vermutete, die NVP sei nun wohl endgültig der «antidemokratischen Infektion aus Deutschland» erlegen. Bei den Wahlen 1938 zeigten die Basler dann, was sie wollten: eine absolute rote Mehrheit.

Das «20-Pfennig-Blättchen»

Seit 1930 besass die NVP ein Parteiblatt, die *Neue Basler Zeitung* (NBZ). Mehr als das rechte Programm oder der neue Name brachte sie die Partei in Verfall. Das Beispiel der NBZ zeigt sehr deutlich, dass Basel direkt an der deutschen Grenze lag: Das «20-Pfennig-Blättchen», wie man die NBZ in Basel abschätzig nannte, ist ein Musterbeispiel nationalsozialistischer Einflussnahme in der Schweiz.

Von Beginn weg stand die NBZ finanziell auf wackligen Beinen. Finanzhilfe kam von jenseits der Grenze. Weil die NBZ «die deutsche Politik und die reichsdeutschen Belange weitgehend verteidigt», verpflichtete sich der nationalsozialistische Zeitungsvertrieb Hermann Hartner 1935, täglich 4000 Exemplare der NBZ zu kaufen – zu diesem Zeitpunkt betrug die Auflage in der Schweiz 3000 Stück. Der in Basel laut gewordene Vorwurf, die NBZ sei

ein nationalsozialistisches Propagandablatt, bestätigte sich nun tagtäglich in den Artikeln der NBZ. Als Deutschland entgegen den Abmachungen der Versailler Friedensverträge 1935 die allgemeine Wehrpflicht wieder einfuhrte, erklärte die NBZ den Vertragsbruch als legitim. Es habe sich dabei so oder so um «unsinnige Friedensverträge» gehandelt. Zudem müsse sich in Europa niemand vor der «deutschen Friedensarmee» fürchten. Die Annexion Österreichs beschrieb man bei der NBZ als «ein Stück deutschen Freiheitskampfes, den man eigentlich mit dem Herzen verstehen müsste».

Während die Deutschen Informationen sammelten, zeigten die Basler ihre Loyalität.

Nach dem Kriegsausbruch wurde die NBZ weiterhin mit Reichsmark finanziert: Die NBZ diene «dem politischen Interesse Deutschlands in der Schweiz», weil sie «wertvolle Einzelpersonen – auch innerhalb der Schweizer Armee – erreicht und im deutschfreundlichen Sinne beeinflusst», bestätigte ein NS-Gesandter dem Auswärtigen Amt in Berlin. Die NBZ selber bezeichnete sich stur als «eine vaterländische Zeitung mit ausgesprochen nationaler Einstellung».

Das sah die Schweizer Armee anders: Am 28. Dezember 1939 verbot sie per Funkspruch das weitere Erscheinen der NBZ. Die Überwachung der Beteiligten sowie die Durchsichtung von Redaktions- und Privaträumen hatten genug Beweise erbracht. Auch die Deutsche Gesandtschaft in Bern, bei der die NBZ Hilfe suchte, konnte daran nichts mehr ändern. Zwar riet sie zum

Rekurs und intervenierte mündlich und schriftlich im Bundeshaus – jegliche Verbindungen oder gar die Tatsache, dass die NBZ aktiv Hilfe bei ihr gesucht hatte, bestritt die deutsche Gesandtschaft allerdings. Die Verflechtung sollte unter dem Teppich bleiben. Als die Stimmung in der Schweiz endgültig kippte, emigrierten einige der führenden NBZ-Mitglieder ins Dritte Reich, um ihre ideelle Unterstützung mit Taten anzureichern und als Mitarbeitende SS-Dienststellen oder NS-Propagandisten zu unterstützen.

Während die Deutschen in Basel Socken und Informationen sammelten, der Bund nur in Sonderfällen eingriff und das «20-Pfennig-Blättchen» Beifall für die Nazis heischte, zeigten die Basler auch lange nach der von Unterschriften überfluteten Initiative von 1938, wo ihre Loyalität lag.

Widerstand in Basel

Am 14. März 1933 gedachte das Deutsche Reich seinen gefallenen Soldaten aus dem Ersten Weltkrieg. Dazu wurde die zwei Tage zuvor zum nationalen Emblem erhobene Hakenkreuzfahne hisst. Der Badische Bahnhof wurde von der deutschen Reichsbahn betrieben und galt als Privatbesitz. Innert kürzester Zeit fanden 300 Basler sich vor dem Badischen Bahnhof ein, um den «Hitlerfetzen» von der Stange zu reißen.

Die Polizei hielt auf Bundesbefehl dagegen. Bei Paul Dorsch dagegen waren Volk und Behörden sich einig: Der soll raus. An der Clarastrasse 30 in Kleinbasel hatte der ehemalige Jungzugführer 1935 ein Reisebüro eröffnet. Inmitten der Auslage von Reiseprospekten lag Hitlers «Mein Kampf».

Der Bund getraute sich zu tun, was Basel sieben Jahre zuvor schon verlangte.

Die Basler fanden, der Wälzer mache sich dort ausgesprochen schlecht und schlugen kurzerhand das Schaufenster ein. Die Polizei nahm Dorsch zweimal wegen Spionageverdachts fest – musste ihn allerdings mangels Beweisen wieder laufen lassen. Mit einer Bastelaktion machten die Kleinbasler dann endgültig klar, was sie von den NSDAP-Mitgliedern in ihrer Mitte hielten: Eine Strohpuppe mit Larven-Haupt und Hitler-schnauze reckte ein Schild in die Höhe: «Deutsche: Wir wollen heim ins Reich». Einem schlauen Strolch gelang es gar, aus dem Deutschen Heim eine Hitlerbüste zu stibitzen und in hohem Bogen in den Rhein zu werfen.

1945, als «angesichts des Kriegsverlaufes» damit zu rechnen war, «dass in Kürze keine offizielle Reichsregierung mehr besteht», traute sich dann endlich der Bund, was Basel vor sieben Jahren gefordert hatte: Die NSDAP wurde verboten. Die Polizei durchsuchte und schloss das Deutsche Heim zusammen mit dem deutschen Konsulat am Steinring 40. Am 25. Mai 1945 wies Basel seine ersten drei aktiven Nationalsozialisten aus. Den drei hohen Beamten sollten aus Basel 46 weitere Nationalsozialisten folgen, darunter auch der Basler Ortsgruppenleiter Geiler. Geilers Frau dagegen, eine gebürtige Schweizerin, blieb mit den Kindern in Basel.

Dass ein Weltkrieg vergehen musste und man sich erst traute, die NSDAP zu verbieten, als sie faktisch bereits tot war, bezeichnete der Basler Regierungsrat als «unwürdigen Zustand» – im Wissen darum, selber getan zu haben, was getan werden konnte. Damals, an diesem Donnerstag 1938.

Quellen: GR Sitzungsprotokoll: StABS, STA DS BS 6. Initiative und Kompetenzkonflikt Bund: SK-REG 3-0-2 (1) und 6. Pretiosen Eugen Heuss: PD-REG 5a 9. Faschismus, Nationalsozialismus, Fronten: Politisches EE15.1. Entführung Jacob: Politisches EE 15.2. Hermann Wichers: Die «Neue Basler Zeitung» 1935 bis 1940 und ihre Entwicklung vom rechtskonservativen Parteiblatt zum frontistischen Organ. Charles Stirnimann, Aram Mattioli: Von der Bürger- und Gewerbspartei Basel-Stadt zur Nationalen Volkspartei. Patrick von Hahn: «Sauberer» als Bern?